

DIE LINKE.

Kreisverband Starnberg

www.dielinke-starnberg.de

**Bernhard Feilzer, Bundestagsdirektkandidat
und Mitglied des Kreisvorstandes**

An die

Pax-Christi Gruppe Gilching

zHd. Frau Hafner

über Herrn Martin Pilgram

Gilching, 18. 7. 2017

Sehr geehrte Mitglieder der Pax-Christi Gruppe Gilching!

Zuerst einmal bedaure ich die Verzögerung der Antworten auf Ihre Fragen. Jedoch mußten wir nach Rückzug des bisherigen Kandidaten auf die Schnelle eine Neuwahl organisieren. Doch nun kann ich als gewählter Kandidat Ihre Fragen beantworten.

Abrüstung:

Wie Ihnen sicherlich bekannt ist, hat die LINKE im Bundestag sich seit Jahren für eine Reduzierung des Rüstungshaushalts eingesetzt, gegen die ständigen neuen Beschaffungsprojekte und natürlich gegen die Waffenlieferungen in die Spannungsbereiche. Demzufolge wendet die Partei und ich mich vehement gegen eine Aufstockung des Wehretats.

In Gesprächen und Diskussionsrunden habe ich mich auch immer dafür eingesetzt, daß Krisen und Kriege durch zivilen Friedensdienst und vor allem durch Vermittlung und Einsatz der UNO behoben werden müssen. Kein Militärbündnis darf sich das Recht herausnehmen, in der Welt zu intervenieren.

Auch dem Verbot von Atomwaffen stimme ich zu – alle Basen in Deutschland und Europa, die für Atomwaffen ausgerüstet sind, müssen aufgelöst werden.

Auch der Gesamtächtung von Atomwaffen auf der ganzen Welt stimme ich zu. Ebenso, daß Kampfdrohnen verhindert werden und mit Aktionen und Bündnissen gegen die Planung bei unserer Bundeswehr vorgegangen wird.

Das trifft auch für Landminen und Streumunition zu.

Friedensbildung

Diese soll bereits in Grundschulen ein Thema sein und danach in allen Teilen der Gesellschaft ein Lehrinhalt, der vom Staat gefördert werden muß.

Die Bundeswehrpropaganda hat an allen Schulen nichts zu suchen und wir unterstützen alle Vorhaben, dies zu unterbinden.

Auch gegen Veranstaltungen, wie „Girls Day“ etc. und sonstige Werbe-„Events“, auf denen verharmlosender Einfluß auf junge Menschen genommen werden soll von Seiten der Bundeswehrführung werden wir Proteste unterstützen.

Rüstungsexport:

Schon lange war es uns LINKEN eine Herzensangelegenheit, daß der Export von Kriegswaffen aus deutscher Produktion (oder lizenzierten Ablegern im Ausland) generell verboten werden müssen. Es ist immer wieder nachgewiesen, daß diese dazu beitragen, Krisen zu erzeugen und Kriege oder sog. Bürgerkriege mit anfangen helfen. Oft wurde unsere Bundestagsfraktion bei diesem Thema aber von den anderen Parteien alleine gelassen. Unsere Partei und ich werden alle Initiativen unterstützen, die beantragen, das Verbot ins Grundgesetz zu schreiben.

Auch Kleinwaffen dürfen nicht in Ländern exportiert werden, wo nachweislich Spannungen herrschen, mafiöse Strukturen oder sie von Polizei, Militär oder Paras dazu benutzt werden, die eigene Bevölkerung zu terrorisieren.

Asyl, Fremdenfeindlichkeit

Die Mitglieder der LINKEN und ich haben sich seit Jahren schon gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Ausländerhass eingesetzt. Sie waren meist bei allen Demonstrationen, Kundgebungen und Kongressen vertreten. Auch Anfragen und Anträge im Bundestag sind vielfach gestellt worden.

Schon vor der großen Welle von Flüchtlingen im Jahr 2015 habe ich mich an meinen Heimatort zu den Asylhelfern gesellt (2013). In allen Streitgesprächen – sowohl im öffentlichen Raum, als auch bei Nachbarn und Freunden, habe ich das Wort ergriffen, wenn unterschwellig gegen Fremde gehetzt wurde.

Im Fall meiner Wahl werde ich mich stark für die Wiederherstellung eines echten Asyl und Einwanderungsrechts einsetzen. Nur das ermöglicht es Asylsuchenden und Einwanderern (gleich aus welchem Grund) sich auf Rechtspositionen zu stützen – auch gegen Politiker und Parteien, die die Fremdenfeindlichkeit schüren.

EU:

Trotz aller ständigen Beteuerungen von Seiten Herrn Junckers und Co. Über die europäischen Werte und Liberalität wächst in einer Reihe von Mitgliedsländern der Trend zu Rechtslastigkeit, Abschottung gegen Fremde und auch Drangsalierung von Flüchtlingen. Presse- und Meinungsfreiheit, Gewaltenteilung und Rechtsstaatlichkeit müssen inzwischen von NGOs, LINKEN und anderen Oppositionellen eingefordert und oftmals mühevoll wieder erkämpft werden. Auch in unserem Land häufen sich die Vorfälle, wo gegen das Recht und die Pressefreiheit verstoßen wird.

Hier stelle ich mich mit meiner Partei an die Seite aller aufrechten Menschen, die dieses hohe Gut verteidigen werden.

Gerechtigkeit:

Wiederum schon seit Bestehen der Partei DIE LINKE kämpfen wir für ein anderes Steuerrecht, das nicht Wohlhabene, Konzerne und Finanzhaie begünstigt. Zuvor schon in anderen Formationen habe ich mich persönlich in dieser Richtung engagiert. Es ist ein typischer Systemfehler, der aber von allen regierenden Parteien seit Bestehen der Bundesrepublik mehr oder minder gewollt war. Die Regierung Schröder hat es mit der Politik der „Deregulierung“ noch auf die Spitze getrieben.

Mittlerweile haben auch durchaus bürgerliche Wissenschaftler erkannt, welche Folgen für die Volkswirtschaft, die Städte, Kreise und Kommunen die Steuerhinterziehung durch große Konzerne bedeutet. Auch die Panama-Papers haben ein Schlaglicht auf die Gier der Steuervermeidung von Reichen geworfen.

Das Schließen von Steuerschlupflöchern, die Steuerabkommen europaweit bis global sind meiner Meinung nur ein erster Schritt in der Steuerpolitik. Da die LINKE aber in dieser Frage oft von den anderen Parteien im Bundestag blockiert wird, suchen wir uns Unterstützung bei allen Menschen, die die Ungerechtigkeit dieses Systems schon erkannt haben.

Das gilt auch für korrupte Eliten von außerhalb unseres Landes – seien es dort regierende „Clans“ oder welche die vorher an der Macht waren.

Auch für die Einführung einer Transaktionssteuer werden wir die Hand heben.

Managergehälter sind auch ein Punkt, den dieses Wirtschaftssystem hervorbringt. Im ersten Schritt aber wieder, werden meine Partei und ich uns massiv einsetzen, daß die Wucherungen der Managergehälter beschnitten werden und alle unterstützen, die dies auch fordern. In einigen Ländern ist es schon Konsens in der Bevölkerung, daß das 12-fache eines Facharbeiterlohns die Grenze sein müßte.

Mit freundlichen Grüßen

